

## "Eduard Ludwig: Straßburger Ausklang und Zukunft" in Österreichische Monatshefte (November 1952)

**Legende:** Im November 1952 betont Eduard Ludwig, Vertreter des österreichischen Parlaments beim Europarat, in der Zeitschrift Österreichische Monatshefte, wie wichtig der Europarat als Plattform für Diskussionen über den Aufbau Europas ist.

**Quelle:** Österreichische Monatshefte. November 1952, n° 11. Wien: Österreichische Volkspartei.

**Urheberrecht:** (c) Österreichische Volkspartei

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/"educard\\_ludwig\\_straßburger\\_ausklang\\_und\\_zukunft"\\_in\\_osterreichische\\_monatshefte\\_november\\_1952-de-d49c1ccf-f5d5-4c19-8509-e5b224d88f66.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 19/09/2012

## Straßburger Ausklang und Zukunft

Der Aufbau Europas entspricht nicht den Wünschen der im Europarat tätigen Federalisten. Man hätte es in diesen Kreisen vorgezogen, und hier sind nicht zuletzt die Italiener Träger eines aktiven Federalismus, wenn sich die Gesamtentwicklung im Straßburger Parlament vollzogen hätte. Die Realität nimmt aber andere Wege. Man unternimmt jetzt den Versuch, durch Sonderorganisationen, und hier steht nicht zuletzt im Vordergrund der Schuman-Plan, das will sagen, der Versuch einer Europäisierung von Kohle und Stahl der sechs Hauptträger dieser industriellen Produktion, auf dem europäischen Wege weiterzukommen. Ob und wann sich an diese Schumansche Konzeption, die bereits die Zustimmung der sechs in Frage kommenden Parlamente gefunden hat, die Europa-Verteidigung anschließen wird, bleibt offene Frage, da der deutsche Sozialismus nicht nur in Straßburg, sondern vor allem im Bonner Parlament eine bedeutende Opposition gerade gegen den Plan einer westdeutschen Aufrüstung zu entfalten versteht. Ob der Tod Schumachers eine Änderung mit sich bringen wird, soll dahingestellt bleiben, sicher ist, daß Ollenhauer nicht von der außerordentlich starken Energie Schumachers getragen wird, aber die Grundlinien der sozialistischen Politik werden in der Frage europäischer Aufrüstung in Bonn und Straßburg vielleicht mit der einen oder anderen kleinen Modifikation die gleichen bleiben.

Der belgische Sozialistenfuhrer Spaak hat im Hauptausschuß des Straßburger Parlaments beachtenswerte Vorstöße im Sinne der Schaffung einer europäischen Autorität unternommen, denen um so eher Bedeutung zuzumessen war, als er in der Zwischenzeit auch zum Präsidenten der Assemblée der Schuman-Organisation gewählt wurde. Seine Tendenz läuft darauf hinaus, die Zeit bis zum Werden der Europaverteidigung nicht ungenutzt verstreichen zu lassen, man möge daher die erste Etappe der europäischen Verfassungsarbeit in den parlamentarischen Rat der Schuman-Organisation verlegen, und er ist mit dieser seiner anfangs umstrittenen Meinung auch im Europarat durchgedrungen. In einer dreitägigen Sitzung in Brüssel hat die in Straßburg eingesetzte Arbeitsgruppe des europäischen Verfassungsausschusses die Grundlagen eines Arbeitsprogrammes entwickelt, das Ende Oktober in Paris im Plenum beraten werden wird. Den Vorsitz führte der Bundestagsabgeordnete Heinrich von Brentano, der auch Vorsitzender des Verfassungsausschusses ist. Mit den unmittelbaren Aufgabengebieten der Montan-Union selbst hat der Verfassungsausschuß nichts zu tun. Er ist von dem erweiterten Parlament der Montan-Union gebildet worden, um auf Wunsch der sechs Regierungen die in Artikel 38 des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft vorgesehene Ausarbeitung einer europäischen Bundesverfassung vorwegzunehmen. Wenn auch aus formalrechtlichen Gründen die auf 87 Mitglieder verstärkte „Gemeinsame Versammlung“ der Montan-Union zu diesem Zweck als Spezialversammlung zusammengetreten ist, so sind doch die politischen Zusammenhänge ganz eindeutig; das geht schon daraus hervor, daß der Präsident des Montan-Parlaments, Paul Henri Spaak, zugleich auch den Vorsitz der Spezialversammlung übernommen hat, deren Anpassung an die Vorschriften des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft die spätere einfache Übernahme ihrer Beschlüsse durch das Parlament der Europaarmee ermöglicht, falls man es nicht vorziehen sollte, die politische Federation der sechs Schuman-Plan-Länder weiterhin von der Verteidigungsgemeinschaft getrennt zu halten. Ob und inwieweit die offiziellen österreichischen Beobachter an den verschiedenen Phasen der europäischen Verfassungsarbeit beteiligt sein werden, ist offene Frage. Im Namen der österreichischen Beobachter hat Nationalrat Minister Ludwig an Herrn Spaak ein Schreiben gerichtet, in dem er ihn ersucht, er möge sich über die kommende Stellung der Beobachter der noch nicht im Europarat offiziell vertretenen Staaten eindeutig äußern, denn wenn man aus der gegenwärtigen Konstruktion des Europarates entsprechende Schlußfolgerungen auf die Schuman-Organisation überträgt, so ist es eigentlich selbstverständlich, daß die noch nicht im Schuman-Plan vertretenen Staaten ein Mitarbeitsrecht haben, wobei ihnen nur das Stimmrecht, genau so wie im Europarat, entzogen bleiben dürfte.

Daß in die kommende Konstruktion immer wieder auch die Saarfrage hineinspielt, braucht nicht besonders betont zu werden, und die Saarfrage wieder ist es, die zu wiederholten Auseinandersetzungen zwischen Paris und Bonn führen muß. Man glaubt in Bonn, daß es möglich sein könnte, zwei außerordentlich schwierige Fragen ihrer Lösung näher zu bringen. Das eine ist nach Auffassung der Bonner Parlamentarier die Saarfrage, das andere die Frage der deutschen Einheit. Nun sind gerade in der jüngsten Zeit Gerüchte aufgetaucht, nach denen die französische Außenpolitik mit Sowjetrußland einen gewissen Kontakt über die deutsche Einheit gesucht und gefunden hätte. Genährt wurden diese Gerüchte durch die praferente

Behandlung des neuen französischen Botschafters in Moskau durch Stalin und, wenn man nun die Moskauer kommunistischen Parteiberatungen ins Auge faßt, so ist darin deutlich die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß es vielleicht doch gelingen könnte, in den heute bestehenden amerikanisch-europäischen Block einen Keil zu treiben. Churchill hat bei dem Parteitag der Konservativen derartigen Annahmen ein scharfes Dementi entgegengesetzt. Auf der anderen Seite muß in dem Werden Europas mit den französischen Meinungen gerechnet werden. Wenn man die deutschen Meinungen ins Auge faßt, so muß auf der anderen Seite festgestellt werden, daß die französische Außenpolitik realistisch genug ist, um zu verstehen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands viel weniger von Frankreich abhängt als von einer kommenden Bereitschaft der Sowjetunion, auf ihre Besatzungszone zu verzichten. Das ist auch einer der Hauptgründe, weshalb die Bonner Einigungsbestrebungen in der französischen Diplomatie nur gedämpft erörtert werden. Das Hauptziel der französischen Außenpolitik besteht darin, unangenehme Überraschungen, die von Bonn selbst in der Saarfrage kommen könnten, hintanzuhalten. Frankreich hat ein außenpolitisches Ziel, es will weder einem westlichen noch einem geeinten Deutschland die Möglichkeit lassen, jemals wieder entscheidender Faktor zwischen Ost und West zu werden oder sogar ein neues Bündnis mit den Sowjets zu schließen, sei es nach dem Muster des Vertrages von Rapallo oder gar des Paktes von 1939.

Die Schumansche Politik besteht, soweit man sie von außen beurteilen kann, in erster Linie darin, die deutsche Gleichberechtigung wohl anzuerkennen, aber auf der anderen Seite ihr die Möglichkeit außenpolitischer Weiterungen durch Schaffung einer wirklichen europäischen Gemeinschaft zu entziehen. Da sie jedoch an dem britischen und skandinavischen Widerstand scheiterte, entschloß man sich in Paris trotz der zweifellos bestehenden Risiken für „Kleineuropa“. Für Frankreich bedeutet dies ein deutsch-französisches Tête-à-tête mit einer losen britischen Garantie und einer nicht überschätzten unterstützenden Partnerschaft Italiens. Je stärker und schneller sich Westdeutschland in dieser Form an die europäische Gemeinschaft bindet, desto leichter wird man in Paris einer späteren deutschen Wiedervereinigung zustimmen, weil dann das ganze Deutschland in die europäische Gemeinschaft eingeschlossen würde und nicht mehr an eine Sonderpolitik mit der Sowjetunion oder an eine bedenkliche Neutralität denken könnte. Das ist das bewegende Moment, von dem die Schumansche Außenpolitik getragen wird. Ob es ihm gelingen wird, das französische Parlament, in dem eine Reihe anderer außenpolitischer Erwägungen in den verschiedenen Gruppen sich immer wieder bemerkbar macht, trotz der absoluten Unterstützung Pinays an sich zu binden, das muß abgewartet werden. Faktum bleibt die Tatsache, daß der allmähliche Aufbau Europas nicht zuletzt auch den französischen Einflüssen zu danken ist, wenn diese auch von Momenten getragen werden, die den eigenen Interessen Frankreichs entspringen müssen. Und im Mittelpunkt dieses umstrittenen Werdens steht das Straßburger Parlament. Natürlich sagt schon der Titel „Assemblée Consultative“, daß es sich hier nicht um eine gesetzgebende Körperschaft handeln kann, aber trotz dieser Beschränkung der Vollmachten und Möglichkeiten der Assemblée Consultative bleibt sie doch das große Ausspracheorgan gesamteuropäischer Politik. In diesem Sinne müssen auch die Entwicklungen des Straßburger Parlaments für die kommende Zukunft erörtert und betrachtet werden.